

Rechtliche Grundlagen für die Steuerung der Wasserstoffinfrastruktur

Dr. Sarah Langstädtler

Münsteraner Gespräche zum Umwelt- und Planungsrecht,
zum Thema „Planerische Steuerung der Wasserstoffinfrastruktur“, 2. Mai 2022

Agenda

- I. Wasserstoffinfrastrukturen im Überblick
- II. Planungs-, genehmigungs- und energiewirtschaftsrechtliche Grundlagen der/des
 - Erzeugung
 - Speicherung
 - Transports
- III. Fazit

I. Wasserstoffinfrastrukturen im Überblick



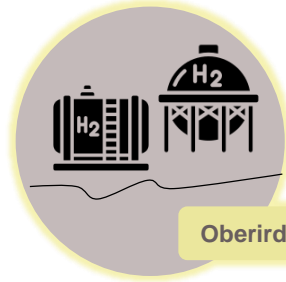
I. Wasserstoffinfrastrukturen im Überblick

Herstellung



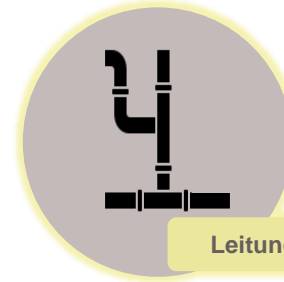
Elektrolyseure Onshore

Speicherung

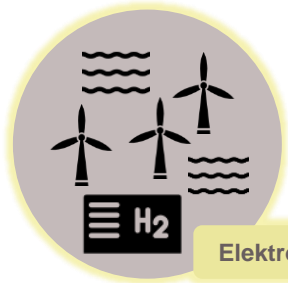


Oberirdische Speicher

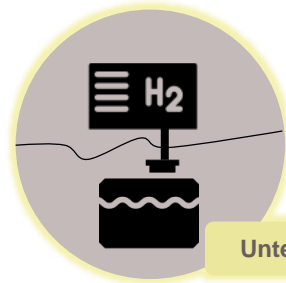
Transport



Leitungen

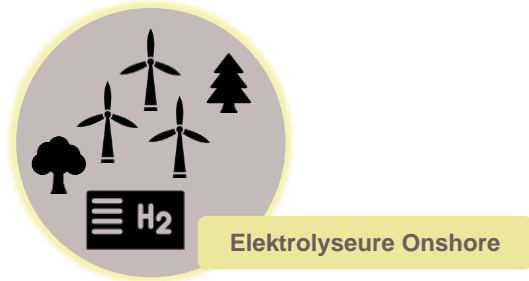


Elektrolyseure Offshore



Untergrundspeicher

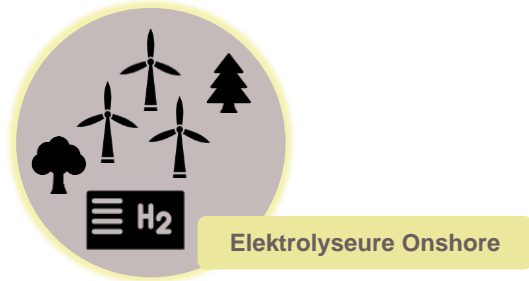
II. Planungs-, genehmigungs- und energiewirtschaftsrechtliche Grundlagen der Erzeugung



Genehmigungsregime

- Immissionsschutzrechtliche Genehmigung?
 - Nr. 4.1.12 des Anhangs 1 der 4. BImSchV („G“): *„Anlagen zur Herstellung von Stoffen oder Stoffgruppen durch chemische, biochemische oder biologische Umwandlung in industriellem Umfang (...) zur Herstellung von Wasserstoff“*
 - Nr. 1.15 des Anhangs 1 der 4. BImSchV („V“): *„Anlagen zur Erzeugung von Biogas, soweit nicht von Nummer 8.6 erfasst, mit einer Produktionskapazität von 1,2 Million Normkubikmetern je Jahr Rohgas oder mehr“*
- Freiwillige Planfeststellung
 - Freiwillige Planfeststellung für Energiekopplungsanlagen, § 43 Abs. 2 Nr. 7 EnWG

II. Planungs-, genehmigungs- und energiewirtschaftsrechtliche Grundlagen der Erzeugung



Planungsrecht

- Unbeplanter Außenbereich: Privilegiertes Außenbereichsvorhaben?
 - § 35 Abs. 1 Nr. 3 BauGB: *Vorhaben, die der öffentlichen Versorgung mit Elektrizität oder Gas dienen, sind im Außenbereich zulässig, wenn öffentliche Belange nicht entgegenstehen und die ausreichende Erschließung gesichert ist.*
 - *Zusätzlich ungeschriebenes Tatbestandsmerkmal: Ortsgebundenheit*
 - § 35 Abs. 1 Nr. 5 BauGB: *Erforschung, Entwicklung oder Nutzung der Windenergie*
- Beplanter Bereich: Bebauungsplan
 - Gewerbegebiet
 - Industriegebiet
 - Sondergebiet

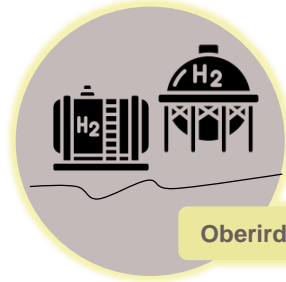
I. Wasserstoffinfrastrukturen im Überblick

Herstellung



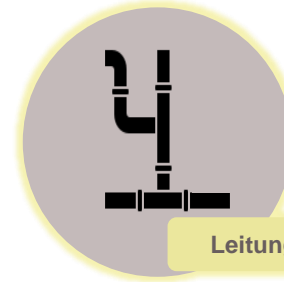
Elektrolyseure Onshore

Speicherung

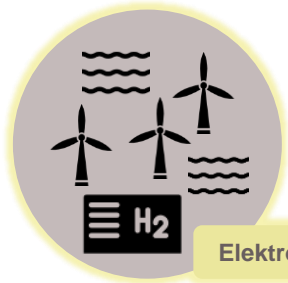


Oberirdische Speicher

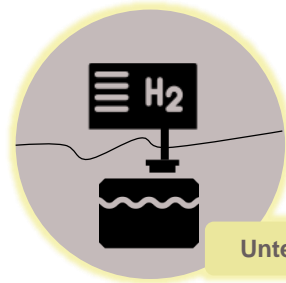
Transport



Leitungen

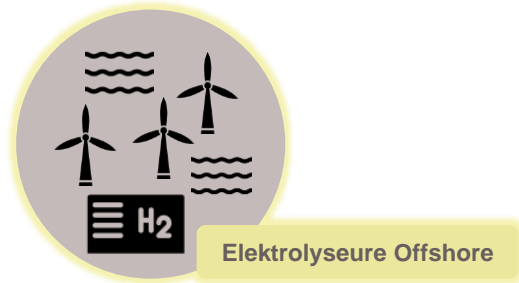


Elektrolyseure Offshore



Untergrundspeicher

II. Planungs-, genehmigungs- und energiewirtschaftsrechtliche Grundlagen der Erzeugung



Genehmigungsregime

- Planfeststellung/Plangenehmigung
 - Planfeststellung für sonstige Energiegewinnungsanlagen, § 2 Abs. 1 i. V. m. § 1 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 SeeAnlG

Planungsrecht

- Sonstige Energiegewinnungsbereiche, vgl. § 3 Nr. 8 WindSeeG
- Sonstige-Energiegewinnungsbereiche-Verordnung (SoEnergieV) seit 01.10.2021
 - Ausschreibungen sollen 2022 beginnen

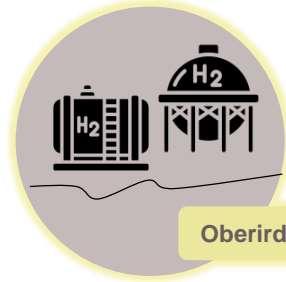
I. Wasserstoffinfrastrukturen im Überblick

Herstellung



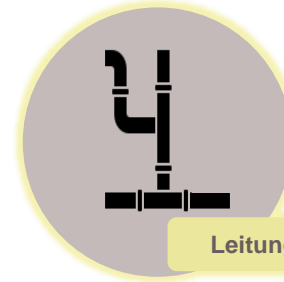
Elektrolyseure Onshore

Speicherung

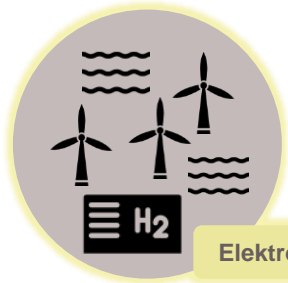


Oberirdische Speicher

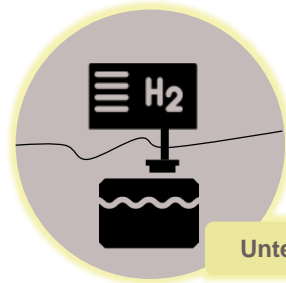
Transport



Leitungen

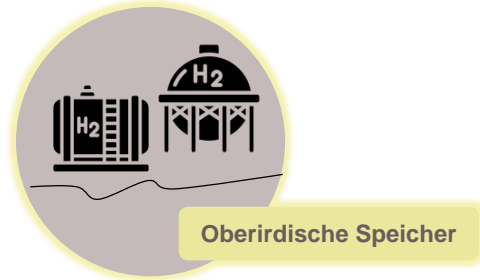


Elektrolyseure Offshore



Untergroundspeicher

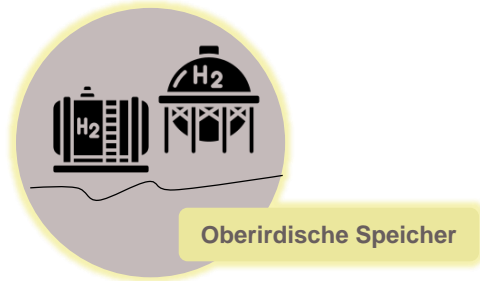
II. Planungs-, genehmigungs- und energiewirtschaftsrechtliche Grundlagen der Speicherung



Genehmigungsregime

- Immissionsschutzrechtliche Genehmigung
 - Nr. 9.3 des Anhangs 1 der 4. BImSchV
 - > 30.000 kg „G“: § 10 BImSchG
 - 3 bis 30.000 kg „V“: § 19 BImSchG
- Störfallrechtliche Relevanz
 - Nr. 2.44 des Anhangs 1 der 12. BImSchV
 - 5.000 kg Betriebsbereich § 1 Abs. 1 Satz 1 der 12. BImSchV (Spalte 4)
 - 50.000 kg Betriebsbereich § 1 Abs. 1 Satz 2 der 12. BImSchV (Spalte 5)

II. Planungs-, genehmigungs- und energiewirtschaftsrechtliche Grundlagen der Speicherung



Planungsrecht

- Unbeplanter Außenbereich: Privilegiertes Außenbereichsvorhaben?
 - § 35 Abs. 1 Nr. 3 BauGB: *Vorhaben, die der öffentlichen Versorgung mit Elektrizität oder Gas dienen, sind im Außenbereich zulässig, wenn öffentliche Belange nicht entgegenstehen und die ausreichende Erschließung gesichert ist.*
 - *Zusätzlich ungeschriebenes Tatbestandsmerkmal: Ortsgebundenheit*
 - § 35 Abs. 1 Nr. 5 BauGB: *Erforschung, Entwicklung oder Nutzung der Windenergie*
- Beplanter Bereich: Bebauungsplan
 - Gewerbegebiet
 - Industriegebiet
 - Sondergebiet

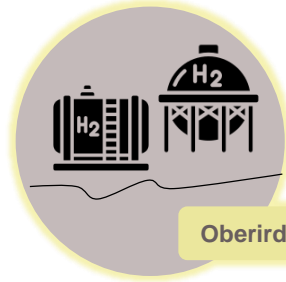
I. Wasserstoffinfrastrukturen im Überblick

Herstellung



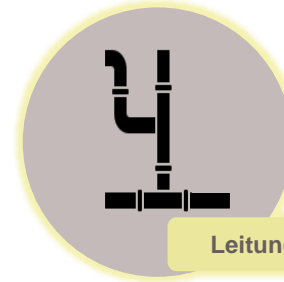
Elektrolyseure Onshore

Speicherung

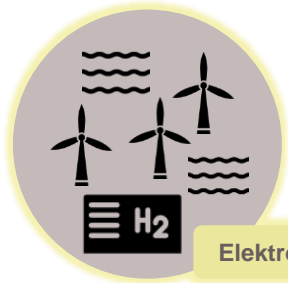


Oberirdische Speicher

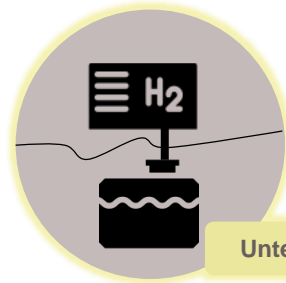
Transport



Leitungen

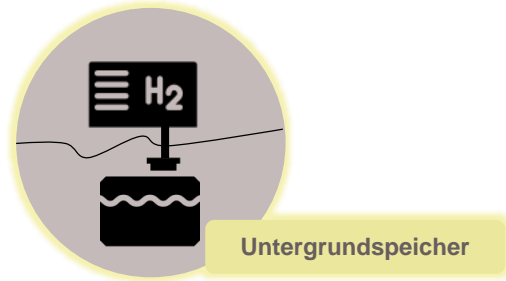


Elektrolyseure Offshore



Untergrundspeicher

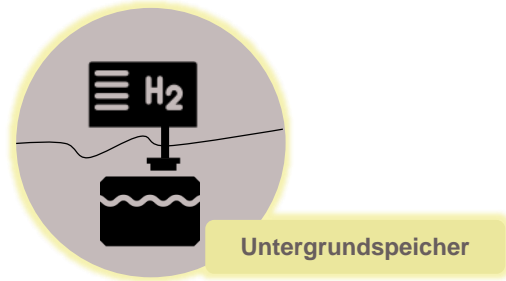
II. Planungs-, genehmigungs- und energiewirtschaftsrechtliche Grundlagen der Speicherung



Genehmigungsregime

- **Betriebsplan/Planfeststellung**
 - Anwendbarkeit BBergG: *Untergrundspeicher, zur unterirdischen behälterlosen Speicherung von Gasen*
 - Betriebsplan
 - Planfeststellung des Rahmenbetriebsplans bei UVP-Pflicht nach UVP-V Bergbau
 - § 1 Satz 1 Nr. 6 a lit. b UVP-V Bergbau: *Untergrundspeicher für Erdöl, petrochemische oder chemische Erzeugnisse*
 - > 200.000 t *UVP-Pflicht*
 - 50.000 bis 200.000 t *Allgemeine Vorprüfung*
 - 10.000 bis 50.000 t *Standortbezogene Vorprüfung*
 - Planfeststellung auch für *Einrichtungen, die überwiegend dem Betrieb eines Untergrundspeichers dienen oder zu dienen bestimmt sind*

II. Planungs-, genehmigungs- und energiewirtschaftsrechtliche Grundlagen der Speicherung



Planungsrecht

- Betriebsplanzulassung per Planfeststellungsbeschluss: Keine Anwendung der §§ 29 bis 37 BauGB wegen § 38 Satz 1 BauGB (Fachplanungsvorbehalt)
- „Nur“ noch Berücksichtigung städtebaulicher Belange in Abwägung

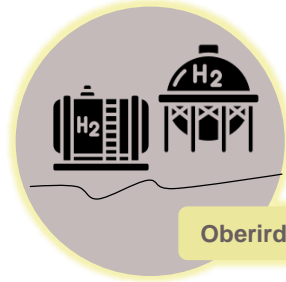
I. Wasserstoffinfrastrukturen im Überblick

Herstellung



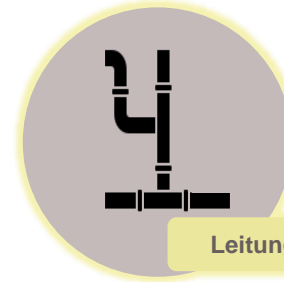
Elektrolyseure Onshore

Speicherung

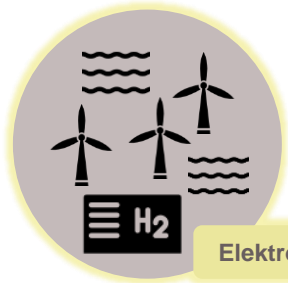


Oberirdische Speicher

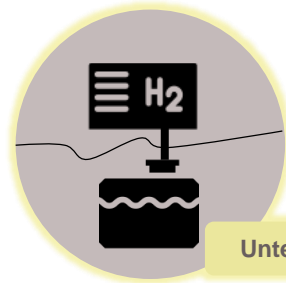
Transport



Leitungen

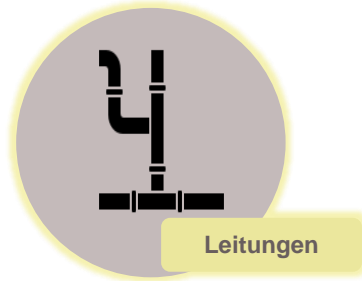


Elektrolyseure Offshore



Untergroundspeicher

II. Planungs-, genehmigungs- und energiewirtschaftsrechtliche Grundlagen des Transports



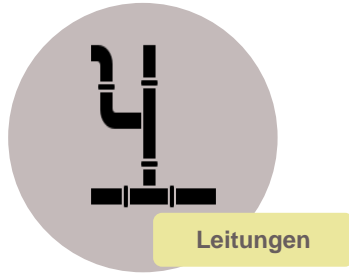
Genehmigungsregime für Einspeisung in bestehendes Erdgasnetz

- Planfeststellung
 - *Änderung einer Gasversorgungsleitung mit einem Durchmesser von mehr als 300 Millimetern, § 43 Nr. 5 EnWG*
- Anzeigeverfahren
 - Bei unwesentlicher Änderung, die nicht UVP-pflichtig ist, § 43f EnWG

Planungsrecht

- Fachplanungsvorbehalt zu beachten, § 38 BauGB

II. Planungs-, genehmigungs- und energiewirtschaftsrechtliche Grundlagen des Transports



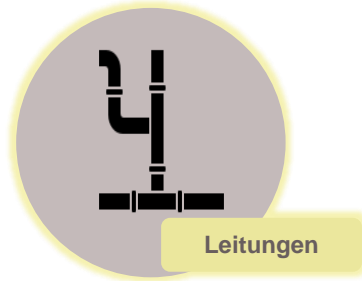
Regulierung für reine Wasserstoffnetze

- Seit 2021: Wasserstoff unterfällt Energiedefinition, § 3 Nr. 14 EnWG
- §§ 28j ff. EnWG: Freiwillige Regulierung

Genehmigungsregime für Umnutzung bestehender Erdgasleitungen

- Behördliche Zulassungen bleiben bestehen, § 43l Abs. 4 EnWG
- Bei wesentlicher Änderung einer Erdgasleitung mit Durchmesser > 300 mm Planfeststellung, § 43 Abs. 1 Nr. 5 EnWG
- Anzeigeverfahren bei unwesentlicher Änderung, die nicht UVP-pflichtig ist, § 43f EnWG

II. Planungs-, genehmigungs- und energiewirtschaftsrechtliche Grundlagen des Transports



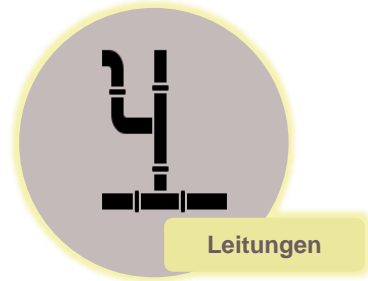
Genehmigungsregime für neue Wasserstoffverteilerleitungen

- Planfeststellung für *Wasserstoffleitungen einschließlich der Anbindungsleitungen von Anlandungsterminals für Wasserstoff mit einem Durchmesser von mehr als 300 mm*, § 43I Abs. 2 EnWG

Genehmigungsregime für neue Wasserstofffernleitungen

- Planfeststellung für Wasserstofffernleitungen, wenn UVP-Pflicht besteht, § 65 UVPG, Nr. 19.5 Anlage 1 UVPG
- Ansonsten Plangenehmigung oder Einzelgenehmigungen/privatrechtliche Vereinbarungen

II. Planungs-, genehmigungs- und energiewirtschaftsrechtliche Grundlagen des Transports



Planungsrecht

- Gesetzgeber: Strategische Infrastrukturplanung!
 - Netzentwicklungsplan Wasserstoff
 - Bericht Ausbaustand und Wechselwirkungen mit NEP Gas und Strom, § 28q EnWG

III. Fazit

- Planungsrechtliche Herausforderungen der Steuerung von Wasserstoffinfrastrukturen liegen insbesondere in Unsicherheiten über die Einordnung der Anlagen in die geltenden Regelungsregime.
- Diese Unsicherheiten gehen zu Lasten der Vorhabenträger und können zu einem Verzug geplanter Projekte schon in der Genehmigungsphase führen.
- Anpassungen des gesetzlichen Rahmens könnten Abhilfe schaffen. Teilweise wurde dies bereits angegangen, wie die Novelle des EnWG 2021 zeigt. Gleichwohl besteht für den Gesetzgeber weiterer Handlungsbedarf.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

**BBG
und
Partner**

Rechtsanwälte



Dr. Sarah Langstädtler

II. Planungs-, genehmigungs- und energiewirtschaftsrechtliche Grundlagen der Bereitstellung



Genehmigungsregime

- Immissionsschutzrechtliche Genehmigung
 - Nr. 9.3 des Anhangs 1 der 4. BImSchV
 - > 30.000 kg „G“: § 10 BImSchG
 - 3 bis 30.000 kg „V“ § 19 BImSchG

- Störfallrechtliche Relevanz
 - Nr. 2.44 des Anhangs 1 der 12. BImSchV
 - 5.000 kg Betriebsbereich § 1 Abs. 1 Satz 1 der 12. BImSchV (Spalte 4)
 - 50.000 kg Betriebsbereich § 1 Abs. 1 Satz 2 der 12. BImSchV (Spalte 5)

II. Planungs-, genehmigungs- und energiewirtschaftsrechtliche Grundlagen der Bereitstellung



Planungsrecht

- Unbeplanter Außenbereich: Privilegiertes Außenbereichsvorhaben?
 - § 35 Abs. 1 Nr. 3 BauGB: *Vorhaben, die der öffentlichen Versorgung mit Elektrizität oder Gas dienen, sind im Außenbereich zulässig, wenn öffentliche Belange nicht entgegenstehen und die ausreichende Erschließung gesichert ist.*
 - *Zusätzlich ungeschriebenes Tatbestandsmerkmal: Ortsgebundenheit*
 - § 35 Abs. 1 Nr. 5 BauGB: *Erforschung, Entwicklung oder Nutzung der Windenergie*
- Beplanter Bereich: Bebauungsplan
 - Gewerbegebiet
 - Industriegebiet
 - Sondergebiet